Resolution Fracking im Landkreis Biberach

Der Biberacher Kreistag hat erhebliche Bedenken gegen die bereits genehmigten Aufsuchungen und gegen mögliche zukünftige Probebohrungen, Erschließungen und Förderungen unkonventioneller Gasvorkommen („Fracking“).

Der Biberacher Kreistag befürchtet gemeinsam mit vielen Fachleuten schwerwiegende Beeinträchtigungen des Grund- und Trinkwassers insbesondere durch die giftigen chemischen Zusatzstoffe (Additive), von denen einige im dringenden Verdacht stehen, kanzerogen zu wirken. In unserer vielfältig landwirtschaftlich genutzten Region müssen diese Gefährdungen als besonders schwerwiegend angesehen werden.

Eine ganze Reihe von Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg haben sich bereits gegen Fracking ausgesprochen. Gemeinsam mit ihnen fordert der Landkreis Biberach den Bund (Bundesregierung und Bundestag) auf, das total veraltete Bergrecht umgehend zu ändern und auch das Wasserrecht der neuen Gefahrenlage anzupassen. Den betroffenen Bürgern, Gemeinden und Landkreisen sind umfassende Informations- und Beteiligungsrechte einzuräumen.

Weiterhin werden Bundesregierung und Bundestag aufgefordert ein Moratorium zu erlassen bis gesicherte Erkenntnisse über die Schadenswirkungen von Fracking vorliegen bzw. das Verfahren dergestalt weiterentwickelt wurde, dass keine Umweltgefährdung mehr davon ausgeht.

Die Bundestagsabgeordneten Martin Gerster und Josef Rief werden aufgefordert sich über den Bundestag bei der Bundesregierung in diesem Sinne zu verwenden. Sie werden gebeten dem Kreistag über ihre Aktivitäten bis zum 30. Juni 2013 zu berichten.

Begründung

Bei den Fracking-Verfahren wird dichtes Speichergestein mit hohem hydraulischem Druck von Wasser unter Zusatz von Sand und zahlreichen chemischen Verbindungen, die zum Teil hochgiftig sind, aufgebrochen (englisch: „fracking“). Die dadurch entstehende bessere Wegsamkeit im Gestein macht die Förderung von Gas oder Öl möglich. Weil das Fracking nur eine begrenzte Fernwirkung hat, sind bei der Förderung zahlreiche Bohrungen notwendig (je nach Gesteinsart ca. 4 - 8 Bohrungen pro Quadratkilometer). Ein großer Teil des giftigen Frackwassers kommt mit dem Gas oder Öl wieder an die Oberfläche und muss als gefährlicher Sonderabfall entsorgt werden.

Eine eindeutige Mehrheit aller bisher vorliegenden Studien und Untersuchungen kommt zu dem Ergebnis, dass Fracking ein sehr hohes Risiko darstellt: Unfälle an Bohrplätzen und beim Transport der Stoffe, undichte oder undicht werdende Bohrungen sowie durch die Klüfte des Gesteins aufsteigende Giftstoffe gefährden das Grund- und Trinkwasser. Die anfallende Frackflüssigkeit bildet bei der Entsorgung und Lagerung eine weitere Gefahr für Boden und Wasser. Durch die Vervielfachung der Bohrungen vervielfacht sich auch die Wahrscheinlichkeit von Zwischenfällen.

Die Städte Konstanz und Pfullendorf, Bad Saulgau, die Bodensee-Wasserversorgung, der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, der Deutsche Bauernverband, die Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB), das Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen und die Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der EKD (AGU) haben sich bereits in Resolutionen gegen die Aufsuchung und Erschließung unkonventioneller Gasvorkommen ausgesprochen.

Biberach, den xxx 2013